

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Planungsausschusses am 26.11.2018
im Landratsamt Bad Tölz

Tagesordnung:

1. Bekanntgaben
2. Niederschrift der letzten Sitzung des Planungsausschusses vom 25.07.2018
3. Fortschreibung des Regionalplans, Kap. Teil A „Überfachliche Ziele und Grundsätze“ und Kap. Teil B IX „Verkehrs- und Nachrichtenwesen“
– Vorstellung und Diskussion von Eckpunkten und Beschluss-
4. Planfeststellungsverfahren: A 8 München – Rosenheim, Neubau der PWC-Anlage Otterfing;
- Stellungnahme des Planungsverbandes
5. Sonstiges

Anwesend: Verbandsvorsitzender Herr Landrat Josef Niedermaier
Mitglieder des Planungsausschusses lt. Anwesenheitsliste

Entschuldigt: Herr Georg von Preysing
Herr Dr. Michael Rapp

Außerdem nahmen an der Sitzung teil:

Regierung von Oberbayern: Herr Dr. Matthias Kraus, höhere
Landesplanungsbehörde
Herr Thomas Bläser, in Vertretung der
Regionsbeauftragten Cornelia Drexl
Herr Dr. Matthias Schuh, in Vertretung der
Regionsbeauftragten Cornelia Drexl

Vorsitz: Verbandsvorsitzender
Herr Landrat Josef Niedermaier

Planungsverband: Frau Sabine Holzinger, Geschäftsführerin
Frau Karin Steiner, Geschäftsstelle

Protokoll: Frau Karin Steiner

Beginn der Sitzung: 09.05 Uhr

Ende der Sitzung: 11.20 Uhr

Anlage: Anwesenheitsliste

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind. Der Ausschuss ist **beschlussfähig**, nachdem die Mehrheit der Mitglieder bzw. der stimmberechtigten Vertreter anwesend ist.

Ebenso begrüßt der Vorsitzende Herrn Dr. Matthias Kraus, sowie die Vertreter der Regionsbeauftragten Herrn Bläser und Herrn Dr. Schuh (Regierung von Oberbayern).

TOP 1: Bekanntgaben

Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Thomas Bauer durch seine neue Tätigkeit als Personalratsvorsitzender bei der Regierung von Oberbayern von seinen bisherigen Aufgaben als Leiter des Sachgebietes 24.1 „Raumordnung, Landes- und Regionalplanung der Region Oberland und Südostoberbayern“ freigestellt wird. Ab sofort steht Herr Dr. Matthias Kraus als stellvertretender Sachgebietsleiter als Ansprechpartner zur Verfügung.

Des Weiteren teilt der Vorsitzende mit, dass am 07.11. in München eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Vorsitzenden der Planungsverbände stattgefunden habe. Unter anderem war man sich einig, dass die Landesplanung im Wirtschaftsministerium wieder einen höheren Stellenwert erhalten solle.

TOP 2: Niederschrift der letzten Sitzung des Planungsausschusses vom 25.07.2018

Der Vorsitzende fragt nach, ob es Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung des Planungsausschusses vom 25.07.2018 gibt.

Beschluss:

Mit der Niederschrift über die Sitzung des Planungsausschusses vom 25.07.2018 besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

TOP 3: Fortschreibung des Regionalplans, Kapitel Teil A „Überfachliche Ziele und Grundsätze“ und Kapitel Teil B IX „Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Zu diesem TOP liegt für alle Mitglieder ein Handout bereit.

Der Vorsitzende berichtet, dass bei der letzten Sitzung in Ettal intensiv darüber diskutiert worden sei, welche Eckpunkte und Schwerpunkte in die Fortschreibung aufgenommen werden sollen. Er gibt das Wort an Herrn Dr. Schuh weiter.

Herr Dr. Matthias Schuh erläutert kurz die Historie und den weiteren Verfahrensablauf. Bei der letzten Planungsausschuss-Sitzung am 25.07.2018 in Ettal seien die wesentlichen Ergebnisse aus dem Strukturgutachten vorgestellt worden. Darauf basierend seien die Eckpunkte für den Teil A „Überfachliche Ziele und Grundsätze“ sowie Teil B IX „Verkehrs- und Nachrichtenwesen“ erarbeitet worden. Die Eckpunkte zum Kapitel „Siedlungswesen“ seien aus inhaltlichen sowie arbeitsorganisatorischen Gründen zunächst zurückgestellt worden, die Erarbeitung dieser Eckpunkte werde bis zur nächsten Sitzung erfolgen. Mit den heute vorgestellten Eckpunkten zu den „Zentralen Orten“ und „Raumstruktur“ sowie zum Bereich „Verkehr“ werde die Basis für die weiteren Arbeiten zum Bereich „Siedlungswesen“ geschaffen. Alle Kapitel würden dann zu einer Fortschreibung zusammengeführt werden.

In der nächsten Sitzung, voraussichtlich im Mai 2019, würden der Verordnungsentwurf zu Teil A sowie der Vorentwurf zu Teil B IX „Verkehrs- und Nachrichtenwesen“ auf Basis der heutigen Diskussion und der heutigen Eckpunkte, sowie die Eckpunkte für das Kapitel „Siedlungswesen“ vorgestellt.

Im Anschluss eröffnet Herr Dr. Matthias Schuh die Präsentation zum Kapitel A „Überfachliche Ziele und Grundsätze“ und erläutert die Gebietskategorien. Diese seien an das Landesentwicklungsprogramm (LEP 2018) anzupassen. Von bisher fünf Kategorien reduzieren sich diese auf zwei, diese seien „Allgemeiner ländlicher Raum“ und „Raum mit besonderem Handlungsbedarf“.

Herr Bürgermeister Werner Weindl fragt nach möglichen Auswirkungen durch den Wegfall des „Alpengebietes“.

Herr Dr. Matthias Schuh erklärt, das „Alpengebiet“ sei gemäß LEP keine Gebietskategorie mehr. Der „Alpenraum“ sei nun im LEP durch die Kulisse des Alpenplans abgegrenzt und dort durch eine eigene Karte nach wie vor explizit verankert.

Der Vorsitzende fügt hinzu, dass der Alpenraum bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung im früheren Regionalplan andere Festlegungen gehabt habe als der restliche Bereich. Im LEP sei der Alpenplan nach wie vor enthalten und werde berücksichtigt.

Herr Dr. Matthias Schuh fährt fort mit dem Punkt 2 „Zentrale Orte und Entwicklungsachsen“.

Der Vorsitzende möchte betonen, dass evtl. aufkommende Wünsche nach Aufstufungen fachlich schwer begründbar seien. Die Auswirkung des Titels Mittel- und Oberzentrum wäre in der Folge sehr gering, da man diesem häufig in der Umsetzung nicht gerecht werden könne.

Herr Dr. Matthias Schuh ergänzt, dass Mittel- und Oberzentren abschließend im LEP festgelegt seien und diese würden so in den Regionalplan übernommen werden. Die Regelungskompetenz des Regionalplans liege auf der unteren Ebene im Bereich der Grundzentren.

Frau Bürgermeisterin Leni Gröbmaier fragt nach, ob es bezüglich der Verkehrsplanung nicht besser wäre, die Entwicklungsachsen wieder in den Regionalplan aufzunehmen.

Herr Dr. Matthias Schuh antwortet, dass die Entwicklungsachsen von überregionaler Bedeutung nicht mehr im LEP enthalten seien. Zudem sei die fachliche Meinung der Gutachter gewesen, dass die Steuerungswirkung der Entwicklungsachsen fraglich gewesen wäre. Aus diesen Gründen seien Entwicklungsachsen nicht mehr vorgesehen.

Der Vorsitzende gibt auf den Einwand von Frau Bürgermeisterin Leni Gröbmaier hin zu bedenken, dass ein weiteres Bestehen der Entwicklungsachsen im Regionalplan zur Folge hätte, dass dann nur noch entlang der Entwicklungsachsen Siedlungsentwicklung stattfinden hätte dürfen. Trotz des Wegfalls der Achsen wäre es jedoch weiterhin Aufgabe des Planungsverbandes, abzuwägen, wo eine Entwicklung für die Gesamtsituation von Vorteil wäre. Ebenso läge es in der Verantwortung des Planungsverbandes, klar aufzuzeigen, sobald eine Entwicklung den Zielen des Regionalplanes widerspreche.

Herr Dr. Matthias Schuh ergänzt, dass zu begünstigende Entwicklungsräume nicht mehr im Kapitel Raumstruktur, sondern zukünftig im Bereich Siedlungswesen angesprochen und dargestellt werden würden. Herr Dr. Matthias Schuh fährt mit den Punkten Aufgabe und Erreichbarkeit der Grundzentren fort.

Der Vorsitzende unterstreicht die Feststellung, dass in der Region 17 aufgrund der guten Abdeckung vieler Bedürfnisse und einer überwiegend zufriedenstellenden Erreichbarkeit kein weiteres Grundzentrum geschaffen werden müsse.

Herr Bürgermeister Jakob Eglseder bittet darum zu prüfen, ob Otterfing als Grundzentrum festgelegt werden könne. Mit den im Umkreis liegenden Ortschaften erreiche die Gemeinde den Richtwert von mindestens 7.500 Einwohnern, die Otterfing zu versorgen habe.

Der Vorsitzende fragt Herrn Dr. Matthias Schuh, ob es eine übergreifende Betrachtungsweise gäbe, da Otterfing an der Regionsgrenze liege. Die Einwohner des Ortsteils Arget (Gemeinde Sauerlach) würden zu Otterfing tendieren, gehörten aber der Region 14 an.

Diese Betrachtungsweise, so Herr Matthias Dr. Schuh, sei nicht möglich, da Nahbereiche aus statistischen Gründen aus ganzen Gemeinden und unter Beachtung der Regionsgrenzen gebildet würden. Der Landkreis Miesbach weise außerdem mit rund 75% bereits die höchste Dichte an zentralen Orten im gesamten Oberland aus.

Herr Dr. Matthias Schuh fährt mit dem Thema „Erreichbarkeit der zentralen Orte der Grundversorgung im Öffentlichen Verkehr“ fort. Hier sei hervorzuheben, dass die vorhandenen Defizite im Öffentlichen Verkehr nicht durch Aufstufungen im Zentrale-Orte-System behoben werden können. Diese Aufgabe sei an die Aufgabenträger zu adressieren. Im Fazit könne man nach gründlicher Prüfung feststellen, dass in der Region 17 ein tragfähiges Netz überwiegend gut ausgestatteter Zentraler Orte vorhanden sei. Zudem seien keine Versorgungslücken zu erkennen, so dass aus fachlicher Sicht nichts dagegen spräche, die bestehenden Klein- und Unterzentren in Grundzentren zu überführen.

Diese Aussage unterstreicht der Vorsitzende.

Herr Dr. Matthias Schuh fährt mit den „inhaltlichen Eckpunkten“ und den „Entwicklungsgrundsätzen“ für die Region fort.

Herr Landrat Anton Speer fragt hier nach, ob die Wasserkraft zu den erneuerbaren Energien zähle. Dies wäre für den Landkreis Garmisch-Partenkirchen sehr wichtig, da dieser ja Ausschlussgebiet für Windkraft sei.

Auch Photovoltaik - Anlagen, so Frau Dr. Sigrid Meierhofer, sei mittlerweile beinahe ausgeschöpft.

Der Vorsitzende und Herr Dr. Schuh sind sich einig, dass die Wasserkraft zu erneuerbaren Energien gehöre und explizit im Regionalplan benannt werden solle. Herr Dr. Matthias Schuh erläutert nun die „Leitlinien für den Alpenraum“.

Zum Punkt „Anpassung von Tourismus und Freizeitaktivitäten an den Klimawandel und Steuerung zur Vermeidung der Überbeanspruchung des Alpenraums“ ergreift Frau Dr. Sigrid Meierhofer das Wort. Garmisch-Partenkirchen erstickt mittlerweile im Verkehr und die Geschwindigkeit des Zuges nach Garmisch-Partenkirchen müsse erhöht werden. Zudem sollen weitere Bahnhaltdepunkte geschaffen werden.

Der Vorsitzende wünscht, dass der Regionalplan für den Ausbau und die Ertüchtigung des Bahnverkehrs im touristischen Bereich Rückhalt bieten solle und dass diese auch in die „Überfachlichen Ziele“ aufgenommen werden solle.

Herr Landrat Anton Speer sieht es als wichtig an, dass dieser Punkt als eigene Leitlinie aufgeführt werde. Herr Dr. Matthias Schuh stimmt zu, diesen Punkt mit aufzunehmen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die fachlich präzise und straffe Vorstellung der „Überfachlichen Ziele und Grundsätze“.

Herr Dr. Matthias Schuh fährt fort mit dem Kapitel Teil B IX „Verkehrs- und Nachrichtenwesen“.

Herr Bürgermeister Josef Bierschneider meldet sich zum Leitbild der „Verkehrsträgerübergreifende Festlegungen“ zu Wort. Seiner Meinung nach müsse dort die Erreichbarkeit touristischer Ziele mit Blick auf Steuerungsmöglichkeiten des Freizeit- und Tourismusverkehrs unbedingt als eigenes Element mit aufgenommen werden. Der Vorsitzende und die Vertreter der Regionsbeauftragten stimmen dem zu.

Zum Punkt „Schieneninfrastruktur I, Freihaltung und Ausbau der Trassen“ bittet der Vorsitzende darum, weitere Begegnungsabschnitte, wie z. B. Holzkirchen und Warngau mit aufzunehmen.

Herr Bürgermeister Thomas Holz fordert, dass für langfristige Planungen generell alle Streckenabschnitte entlang der Bahnstrecken frei gehalten werden sollten.

Der Vorsitzende stimmt dem zu, gibt aber zu bedenken, dass dies auch Auswirkung auf die Bauleitpläne in der Nähe der Bahnstrecken haben würde. Sollte eine Bebauung entlang der Schiene geplant sein, müsse in der Konsequenz eine negative Stellungnahme in Kauf genommen werden.

Die anwesenden Mitglieder des Planungsausschusses akzeptieren diese Auswirkung. Die Vertreter der Regionsbeauftragten werden von den Anwesenden gebeten, dass der Erhalt aller Flächen entlang der Schiene zur Erweiterung der Bahninfrastruktur als eigene Festlegung dem Regionalplan hinzugefügt werden solle. Die vordringlich genannten Abschnitte sollten jedoch weiterhin prioritär genannt werden.

Herr Landrat Anton Speer fordert, bei der „Einrichtung zusätzlicher Haltepunkte im regionalen Schienennetz zur Anbindung von Wohn-, Arbeits- und Versorgungsschwerpunkten“ den Punkt „touristische Schwerpunkte“ mit aufzunehmen. Dem stimmen die Anwesenden zu.

Herr Dr. Matthias Schuh fährt fort mit dem Thema „Busverkehr“ und „Verkehrsträgerübergreifende Maßnahmen im Öffentlichen Verkehr“.

Frau Bürgermeisterin Elke Zehetner hofft auf den baldigen Ausbau der Busverbindung und das einheitliche Tarifsystm für Penzberg und insbesondere für die dort ansässige Firma Roche.

Der Vorsitzende und Frau Landrätin Andrea Jochner-Weiß bestätigen, dass die Verhandlungen und Absprachen mit dem Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) bereits laufen.

Frau Bürgermeisterin Leni Gröbmaier vermisst bei dem getakteten Hauptbusnetz die Verbindung Holzkirchen-Otterfing-Dietramszell-Bad Tölz. Sie sehe die bestehende Linie zu den Hauptlinien und schlägt vor, diese durch bessere Taktungen zu verbessern. Der Vorsitzende notiert sich diesen Verbesserungsvorschlag und sagt zu, sich damit zu befassen.

Herr Thomas Bläser führt die Präsentation mit dem Punkt „Straßenverkehr“ fort.

Zum Leitbild „Verbesserung der Leistungsfähigkeit vor Ausbau vor Neubau“ äußert der Vorsitzende die Befürchtung, dass dieser Satz einen notwendigen Ausbau erschweren könne. Da die Entlastungsmaxime noch häufiger aufgeführt werde, erklären sich die Vertreter der Regionsbeauftragten bereit, diesen Satz auf „Ausbau vor Neubau“ zu kürzen.

Frau Dr. Sigrid Meierhofer bittet um eine Regelung für den Schwerlastverkehr auf den Bundesstraßen.

Herr Thomas Bläser setzt die Präsentation mit den Leitbildern zum Straßenverkehr fort. In der Konsequenz gelte die Sicherung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit des regionalen Straßennetzes als regionales Ziel. Diese geschehe einerseits durch

gezielten Ausbau und Entlastung des hochrangigen Straßennetzes, um dort den Verkehr zu bündeln und somit Ausweichverkehr vorzubeugen. Andererseits müsse die Leistungsfähigkeit im nicht hochrangigen Straßennetz weiter erhalten werden und durch Entlastung verbessert werden. Entlastung könne beispielsweise die Anbindung touristischer Ziele durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bieten.

Herr Bürgermeister Michael Asam bemängelt die Gesetzgebung bezüglich der Mautpflicht für den LKW-Verkehr. Um Kosten zu sparen, wechsele nun der Schwerlastverkehr vom hochrangigen Straßennetz auf die innerörtlichen Straßen. Der Planungsverband solle in dieser Hinsicht auf die Gesetzgebung einwirken.

Herr Thomas Bläser stimmt zu, den Aspekt einer notwendigen Konzentration des überörtlichen Schwerlastverkehrs auf das hochrangige Straßennetz aufzugreifen.

Herr Thomas Bläser fährt mit dem Bundesverkehrswegeplan fort. Das Gutachten habe bestätigt, dass die im Bundesverkehrswegeplan 2030 verbindlich geplanten Maßnahmen sinnvoll seien, da sie an den tatsächlichen Engpässen des Verkehrssystems in der Region ansetzen würden. Diese Maßnahmen könne der Planungsverband aus regionalplanerischer Sicht befürworten und es sei auf deren möglichst schnelle Umsetzung hinzuwirken. Die Maßnahmen des weiteren Bedarfs ohne Planungsrecht seien hier nicht aufgeführt.

Herr Landrat Anton Speer merkt an, dass die Staatsstraße Murnau - Schwaiganger nicht im Bundesverkehrswegeplan aufgeführt sei, jedoch in den Regionalplan aufgenommen werden müsse. Frau Bürgermeisterin Leni Gröbmaier merkt an, dass die Ortsumfahrung von Einöd (Staatsstraße 2072) mit in den Regionalplan aufgenommen werden solle. Herr Thomas Bläser erläutert, dass eine explizite Aufnahme jeder einzelnen Maßnahme des Staatsstraßenausbauprogramms in den Regionalplan nicht vorgesehen ist. Entscheidend sei grundsätzlich deren Bedeutung für das regional hochrangige Straßennetz.

Herr Landrat Wolfgang Rzehak fordert, dass wegen der geplanten Umfahrung bei Gmund/Dürnbach mit den Bürgermeistern von Bad Wiessee und Gmund die Aufnahme in den Fortschreibungsentwurf besprochen werde. Die Einwohner der Gemeinden stünden dem Projekt sehr kritisch entgegen.

Der Vorsitzende erwidert, dass dieses Projekt, falls es wirklich so umstritten sei, ohnehin aus dem Bundesverkehrswegeplan fallen werde. Dem zu Folge werde es dann auch aus dem Regionalplanentwurf genommen werden. Der Vorsitzende notiert sich die Bitte, mit den Bürgermeistern dennoch zu sprechen.

Herr Bürgermeister Werner Weindl fragt nach, ob nur Autobahnen und Bundesstraßen zum hochrangigen Straßennetz zählen und fordert, dass auch

bedeutende Staatsstraßen erwähnt werden. Diesem Anliegen schließt sich der Vorsitzende an. Regional bedeutende Staats- und Kreisstraßen sollten ebenso qualifiziert werden.

Herr Thomas Bläser führt aus, dass im Gutachten das hochrangige Straßennetz nicht eindeutig definiert, sondern lediglich mit den Begriffen Bundesautobahnen, Bundesstraßen und bedeutende Staatsstraßen beschrieben ist. Eine Konkretisierung des hochrangigen Straßennetzes müsse deshalb noch auch in Abstimmung mit der Fachplanung ausgearbeitet werden. Entsprechend dem Gutachten seien Verbesserungen prioritär im hochrangigen Straßennetz anzusetzen, um den Verkehr dorthin zu leiten. Dies stehe einer Ertüchtigung / Ausbau von Staatsstraßen bzw. dem niederrangigen Straßennetz grundsätzlich nicht entgegen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Staatsstraße 2072 Bad Tölz – Geretsried - Wolfratshausen aufgrund ihrer Funktion als Hauptverkehrsachse zu behandeln sei. Auch in den anderen Landkreisen gäbe es solche regional bedeutenden Straßen. Diese sollten im Hauptverkehrsnetz des Regionalplanes unbedingt aufgeführt sein. Herr Landrat Anton Speer schließt sich dem an und nennt als Beispiel die Autobahn-Abfahrt Großweil, welche die wichtigste Zufahrt zur Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Murnau sei.

Das Hauptverkehrsnetz, so der Vorsitzende, sollte so konkretisiert werden, dass der Freistaat Bayern anhand des Regionalplanes ersehen könne was verbessert werden müsse.

Herr Dr. Matthias Kraus fügt dem hinzu, dass es entscheidend wäre, sich auf die Achsen zu bekennen, welche für die Region insgesamt wichtig seien.

Herr Thomas Bläser führt die Punkte „Ausbau und Entlastung des hochrangigen Straßennetzes“ sowie „Verkehrssteuerung und -management“ weiter aus.

Frau Bürgermeisterin Sigrid Meierhofer bittet um Prüfung, ob es möglich wäre, den Schwerlastverkehr auf den Bundesstraßen zu besteuern. Der Vorsitzende stimmt zu, diesen Aspekt aufzugreifen.

Herr Thomas Bläser fährt mit dem Thema „Radverkehr“ fort.

Der Vorsitzende teilt zum Thema Radverkehr den Anwesenden mit, dass vor kurzem in Rosenheim eine Tagung zur Entwicklung des Großraums München stattgefunden habe, bei welcher der Radverkehr ein großes Thema gewesen sei. Er spricht sich dafür aus, Radwege in der Planungsphase gleichwertig wie Straßen zu behandeln, gerade auch in Planfeststellungsverfahren, damit zügig gebaut werden könne. Auch die Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern wären sehr zeitaufwendig. Es

wäre kaum möglich, ein Radwegenetz in der Region umzusetzen, wenn hierfür der Rechtsrahmen nicht angepasst würde.

Frau Bürgermeisterin Leni Gröbmaier betont, dass der hohe Stellenwert von Radwegeverbindungen manifestiert werden solle, und dies auch mit einer Radwegeverbindungskarte unterstrichen werden müsse.

Der Vorsitzende fordert die Anwesenden auf, die Radwegekonzepte aller Landkreise miteinander abzustimmen. Auch die Gutachter haben die Erarbeitung einer gemeinsamen Karte zur Aufgabe der Verantwortlichen in der Region ausgesprochen.

Frau Bürgermeisterin Sigrid Meierhofer verweist auf zwei grundlegende Probleme beim Radwegbau. Sie ist der Meinung, der Freistaat solle die Radwege entlang von Bundes- und Staatsstraßen mitfinanzieren und ebenso dafür sorgen, dass die Grundstücke dafür erworben werden können.

Der Vorsitzende bittet die Regionsbeauftragten die Möglichkeit zu überprüfen, wie diese Thematik im Regionalplan berücksichtigt werden könne, um die Kommunen in der Umsetzung zu unterstützen. Natürlich sei es die oberste Prämisse, das Radwegenetz vorher gemeinsam abzustimmen.

Herr Thomas Bläser fährt fort mit dem Thema „Freizeit- und Tourismusverkehr“.

Herr Bürgermeister Thomas Holz meldet sich bei der Maßnahme „Vorrangige Berücksichtigung der ÖV-Anbindung bei Planung und Ausbau von Freizeit- und Tourismuseinrichtungen“ zu Wort. Es dürfe nicht passieren, dass beispielsweise ein Hotel nicht gebaut werden könne, weil die ÖV-Anbindung nicht vorhanden sei.

Der Vorsitzende entgegnet, dass z.B. die Kristall-Therme Trimini in Kochel am See zu einer größeren Tourismuseinrichtung zählen würde.

Zu allen Anwesenden gewendet fügt der Vorsitzende hinzu, dass der Regionalplan mit seiner übergeordneten Sichtweise natürlich auch die Kommunen betrifft. Es sei die Aufgabe des Regionalplanes Zusammenhänge aufzuzeigen, die auf kommunaler Ebene zu beachten bzw. abzuwägen sind.

Frau Bürgermeisterin Sigrid Meierhofer fragt nach dem Ticket für die ganze Metropol-Region. Darauf werde, so der Vorsitzende, am Ende der Sitzung noch eingegangen.

Herr Bürgermeister Josef Steigenberger beklagt, dass die Regionalverkehr Oberbayern GmbH (RVO) das Buchheim-Museum nur noch 2x am Tag anfähre, da diese Strecke nicht rentabel sei.

Der Vorsitzende erwidert darauf, dass die RVO nur Linien fahre, welche rentabel seien. Es müsse jedoch hierzu eine Umdenken stattfinden. Auch viele Bahnlinien seien nicht rentabel, müssen aber dennoch befahren werden. Es gelte zuerst den Bedarf zu erheben und dann die entsprechenden öffentlichen Verkehrsmittel dafür bereit zu stellen. Der Verkehr auf den Straßen könne nur verringert werden, wenn der ÖV ein gutes Angebot biete und somit eine Alternative darstelle. Die Diskussion um die Rentabilität und die Kosten müsse mit den zuständigen Politikern geführt werden.

Herr Thomas Bläser fährt fort mit dem Thema „Elektromobilität und Sharing-Systeme“ und schließt damit die Präsentation.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Vertretern der Regionsbeauftragten und Herrn Dr. Matthias Kraus für die hervorragende Aufarbeitung der Ergebnisse des Strukturgutachtens. Ebenso bedankt er sich bei allen Mitgliedern des Planungsausschusses für die rege Teilnahme an der Sitzung.

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die vorgestellten Eckpunkte für „Teil A – Überfachliche Ziele und Grundsätze“ und für „Teil B IX – Verkehrs- und Nachrichtenwesen“ des Regionalplans zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Regionsbeauftragte auf der Grundlage dieser Eckpunkte, und den Anmerkungen der Sitzung, einen Fortschreibungsentwurf zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Der Vorsitzende teilt den Anwesenden mit, dass die Geschäftsstelle alle Bürgermeister und Planungsausschuss-Mitglieder darüber informieren werde, sobald der Entwurf vorliege oder es Neuerungen gäbe. Dieser werde dann für alle zugänglich auf die Homepage des Planungsverbandes eingestellt. Er bittet, sich bei allen Nachfragen umgehend an die Geschäftsstelle zu wenden.

TOP 4: Planfeststellungsverfahren: A 8 München – Rosenheim, Neubau der PWC-Anlage Otterfing;
- Stellungnahme des Planungsverbandes -

Herr Dr. Matthias Schuh teilt den Anwesenden mit, dass für das Neubauvorhaben der PWC-Anlage Otterfing ein Planfeststellungsverfahren nach Straßenbaurecht durchgeführt werde, an dem der Planungsverband der Region Oberland und auch

die höhere Landesplanungsbehörde bisher nicht beteiligt worden sind. In einem ergänzenden Anhörungsverfahren werde die Beteiligung des Planungsverbands und der höheren Landesplanungsbehörde nun nachgeholt. Anhand einer Karte in der Präsentation können die Anwesenden Einblick in das Vorranggebiet Windkraft (22) und das geplante Vorhaben nehmen. Dabei handele es sich um den Neubau einer PWC-Anlage (Errichtung eines Parkplatzes und WC-Anlage zur ausschließlichen Nutzung durch den Schwerverkehr) im Waldgebiet des Hofoldinginger Forsts. Das Vorhaben beanspruche eine Fläche von rd. 4 Hektar entlang der Autobahntrasse innerhalb des Vorranggebietes für Windkraft.

In Folge der erforderlichen Abstandsgebote zu dieser Einrichtung würde die Errichtung von Windkraftanlagen in Teilflächen des Vorranggebiets WK 22 unzulässig. Im Ergebnis widerspreche die geplante Errichtung der PWC-Anlage Otterfing daher dem Ziel B X 3.3.2 des Regionalplans Oberland.

Der Vorsitzende ruft in Erinnerung, dass über die Vorranggebiete Windkraft 1,5 Jahre diskutiert wurde und bittet den Planungsausschuss, geschlossen hinter dieser ablehnenden Stellungnahme zu stehen. Das Vorhaben widerspreche eindeutig den Zielen des Regionalplanes.

Herr Dr. Matthias Kraus fügt dem hinzu, dass diese Stellungnahme nur die Position des Regionalen Planungsverbandes wiedergebe, nicht die der Höheren Landesplanungsbehörde der Regierung von Oberbayern. Diese hätte um Fristverlängerung gebeten, da die rechtliche Prüfung bezüglich der Abstandsgebote zu diesem Vorhaben noch nicht abgeschlossen sei.

Herr Bürgermeister Jakob Eglseder begrüßt die ablehnende Stellungnahme, da die geplante PWC-Anlage das Vorranggebiet zu stark beschneiden würde. Dieses Gebiet liege ihm sehr am Herzen, da dort bereits ein Aufstellungsverfahren durch die „ARGE Wind“, welcher er angehöre, geplant sei. Aufgrund der Begehrlichkeiten durch den Kiesabbau habe der Landkreis Miesbach auch bereits ein Landschaftsschutzgebiet für diesen Bereich erlassen, welches jedoch mit dem Windradstandort harmonisiere.

Der Vorsitzende fragt nach, ob die Stellungnahme des Vertreters der Regionsbeauftragten so vom Planungsverband übernommen werden könne. Der Planungsausschuss stimmt dem zu.

TOP 5: Sonstiges

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die nächste Sitzung des Planungsausschusses am 02.05.2019 stattfinden werde.

Anschließend kommt der Vorsitzende auf die Frage von Frau Bürgermeisterin Dr. Sigrid Meierhofer zum Thema Alpenbus zurück. Er teilt den Anwesenden mit, dass die BEG beauftragt wurde, eine Studie zu erstellen, ob und wie ein Alpenbus machbar sei. Es gäbe innerhalb des Freistaates Diskussionen inwieweit dies in den Bereich der BEG falle. Hier werde beim Ministerpräsidenten noch nachgehakt.

Ein weiteres Thema sei das einheitliche Tarifsysteem innerhalb der Metropolregion München. Es sollte möglich sein, den ganzen Großraum München mit einem Ticket zu befahren. Wenn wir ein einheitliches Tarifsysteem haben möchten, könne es jedoch keinen anderen Tarif neben dem MVV geben. Der MVV sei organisiert in einer Aufgabenträger GmbH, welche den Nahverkehr bestelle. Diese GmbH bestehe aus 8 Landkreisen, dem Freistaat Bayern und der Landeshauptstadt München. Wenn alle Landkreise des Großraums München dem MVV beitreten möchten, wäre dies für viele Landkreise nicht bezahlbar. Es müsse mit dem Freistaat Bayern diskutiert werden, wie ein Beitritt für neue Gebietskörperschaften in den Verbund dennoch umsetzbar wäre. Zudem habe sich Ilse Aigner im Wahlkampf zusammen mit dem Ministerpräsidenten zugesagt, dass es für die Verbunderweiterungen Fördermittel vom Freistaat geben solle.

Der Vorsitzende habe Herrn Dr. Rosenbusch (Geschäftsführer MVV GmbH) und Herrn Oberbürgermeister Reiter (Vorsitzender der Gremien des MVV) gebeten, Mandatsträger einzuladen und diese über die Funktion und die Finanzierung des Verbandes aufzuklären. Herr Dr. Rosenbusch habe zugesagt, 2 – 3 Veranstaltungen zu machen, zu denen Mandatsträger, Kreisräte und Bürgermeister eingeladen würden. Es werde unter anderem auch erklärt, welche Arten von Verbänden es gebe. Der Vorsitzende bittet die Anwesenden, die Einladungen von Herrn Dr. Rosenbusch, sobald diese eintreffen, möglichst breit zu verteilen und die Informationsveranstaltung kraftvoll zu besuchen. Damit Diskussionen geführt werden können sei es wichtig zu verstehen, was dahinter stehe.

(Herr Bürgermeister Jakob Eglseder verlässt um 11.15 Uhr die Sitzung)

Herr Landrat Wolfgang Rzehak teilt mit, dies zu unterstützen. Am 20.12.18 sei bereits ein Treffen mit Herrn Dr. Rosenbusch geplant. Der Landkreis Miesbach sei stark daran interessiert, dem MVV beizutreten. Herr Landrat Rzehak spricht außerdem noch einmal das Thema Alpenbus an. Es sei vor der Wahl eine Anschubfinanzierung von mindestens 70 % zugesagt worden. Dies müsse weiter vorangetrieben werden, damit diese Zusage nicht in Frage gestellt werden könne.

Der Vorsitzende pflichtet dem bei. Er versuche, diesbezüglich baldmöglich einen Nachfolgetermin mit dem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder zu vereinbaren. Es

sei ursprünglich nicht Aufgabe der BEG, eine Buslinie zu planen. Deshalb sei es wichtig, dass dieser Auftrag an die BEG vom Ministerpräsidenten selbst erteilt werde.

Frau Dr. Sigrid Meierhofer fragt nach, ob alle 4 Landkreise mittlerweile die Gästekarte haben, mit welcher der ÖPNV kostenlos genutzt werden könne. Diese werde, so die Anwesenden, nicht flächendeckend, aber bereits teilweise, eingesetzt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 11.20 Uhr.

Bad Tölz, 19.03.2019



Josef Niedermaier, Landrat
Verbandsvorsitzender



Sabine Holzinger
Geschäftsführerin



Karin Steiner
Schriftführerin